



### **Zu TOP 3 Bestätigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2014**

Die Niederschrift der Sitzung vom 03.12.2014 wird bestätigt.

**zugestimmt**

### **Zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Frau Bagenda meldet sich in der Einwohnerfragestunde zu Wort und stellt Fragen zur Unterbringung der Asylbewerber. Sie betont die Notwendigkeit menschenwürdiger Unterkünfte für Asylbewerber. Frau Bagenda sagt, dass hierzu der Landkreis und die Kommunen viele Aktivitäten unternommen haben, um die Situation der Asylbewerber zu verbessern.

Frau Bagenda bemängelt, dass es jedoch keine zentrale Anlaufstelle gibt, um bürokratische Hürden schneller zu beheben. Sie stellt Fragen nach der Höhe der Tagespauschale für Asylbewerber im Landkreis Oder-Spree, wonach sie berechnet wird und ob die Höhe der Pauschalen in allen Unterkünften gleich ist. Des Weiteren fragt Sie nach dem Personalschlüssel im Verhältnis Asylbewerber zu Sozialarbeiter.

### **Zu TOP 5 Geschäftsbericht des Landrates**

Der Landrat informiert die Abgeordneten zunächst über durchgeführte Prüfungen des Kommunalen Prüfungsamtes des Ministeriums des Innern Potsdam. Die Redebeiträge des Landrates liegen im Protokoll als Anlagen 2 + 3 vor.

Bezugnehmend auf die Fragen von Frau Bagenda erklärt Herr Zalenga, dass es für Asylbewerber personenbezogene Pauschalen gibt. Außerdem erhalten die Heimbetreiber zusätzlich zu den Jahrespauschalen der Landesregierung aus den unterschiedlichsten Gründen teilweise noch zusätzliche Mittel vom Landkreis. Der Landrat betont, dass die personelle Besetzung der Wohnunterkünfte mit den Betreibern vertraglich vereinbart ist. Die Geldleistungen an die Asylbewerber sind ebenfalls klar geregelt und unabhängig von der Anzahl der Asylbewerber. Der Landrat sagt, dass sich die Heimbetreiber bei auftretenden Problemen jederzeit an den Landkreis wenden können.

Anschließend verweist der Landrat auf 2 Pressemitteilungen vom Landkreistag Brandenburg/ Städte- und Gemeindebund und der Staatskanzlei Potsdam, die an die Abgeordneten verteilt werden. Der Landrat sagt hierzu ergänzend, dass in der Beratung durch die Landesregierung erklärt wurde, dass man kurz- bis mittelfristig daran arbeitet, die Nebenstellen der ZABH auf eine Kapazität von 3000 Stellen zu erhöhen. Dazu erwartet die Landesregierung zur Bewältigung dieser Thematik mehr Geld vom Bund.

Des Weiteren informiert Herr Zalenga, dass die Landesregierung angeboten hat, den Kommunen einen zinslosen Kredit über die ILB Potsdam in Höhe von 10 Mio Euro zur Verfügung zu stellen. Eine konkrete Forderung der Landkreise und kreisfreien Städte war außerdem, in der Landesregierung eine Koordinierungsstelle als Ansprechpartner für alle anstehenden Fragen zu den Flüchtlingen und Asylbewerbern einzurichten. Vom Ministerpräsidenten wurde zugesagt, dass hierzu eine Entscheidung nach entsprechender Prüfung zwischen den Ministerien getroffen wird.

Bezugnehmend auf die Anfrage nach den Risiken für den Kreis betont der Landrat, dass auf dem Gipfel keine Zahl genannt werden konnte, mit wie vielen Flüchtlingen die Bundesregierung rechnet. Von der Bundesregierung gibt es die Information, dass die personelle Situation in der BAM verbessert werden soll.

Abschließend verweist der Landrat darauf, dass zur gesamten Thematik in der 9. Kalenderwoche 2 Gesprächsrunden mit dem Innenminister sowie dem Minister für Bildung in Potsdam stattfinden. Er sagt, dass die Kreistagsabgeordneten über neue Erkenntnisse in den folgenden Kreistagen informiert werden.

## **Zu TOP 6 Beantwortung schriftlicher Anfragen der Fraktionen durch den Landrat**

Die vorliegende Anfrage der SPD-Fraktion wurde bereits im Geschäftsbericht beantwortet. Weitere Anfragen von Fraktionen liegen nicht vor.

## **Zu TOP 7 Einbringung Planentwurf für das Haushaltsjahr 2015**

Die Rede von Herrn Buhrke zur Einbringung des Planentwurfes für das Haushaltsjahr 2015 liegt dem Protokoll als Anlage 4 bei.

Herr Dr. Zeschmann, BVB/Freie Wähler, betont anschließend, dass die Verwaltung des Landkreises Oder-Spree gut gewirtschaftet hat. Er kritisiert jedoch, dass die Verwaltung mit Stand vom 31.12.2013 immer noch 49 Mio Euro „vor sich herschiebt“ und verweist dabei auf die finanzielle Situation von Städten und Gemeinden. Hier können oftmals dringend notwendige Investitionen wegen Geldmangels nicht durchgeführt werden.

Herr Umbreit, SPD-Fraktion, drückt seinen Unmut darüber aus, wie im Landkreis Oder-Spree die Haushaltsdiskussion durchgeführt wird. die Verfahrensweise des Umgangs mit der Haushaltssatzung 2015 und besonders mit der Kreisumlage aus. Er sagt, dass er nach den Pressemitteilungen den Eindruck hat, dass der Haushalt bzw. die Kreisumlage zwischen den Bürgermeistern und dem Landrat „ausgekungelt“ wird. Er verweist darauf, dass zunächst in den entsprechenden Fraktionen und in den Ausschüssen über den Haushalt diskutiert werden muss. Abschließend erklärt der Landrat, dass das Thema Pensionsrückstellungen schon zu heftigen Diskussionen zwischen ihm und Vertretern des Innenministeriums geführt hat.

Er erklärt weiterhin, dass zwischen dem Landrat und den Bürgermeistern keine Kreisumlage „ausgekungelt“ wird. Herr Zalenga verweist darauf, dass in der Rede von Herrn Buhrke eindeutig der Weg zur Aufstellung eines Haushalts aufgezeigt wurde und dass sich daraus dann die notwendige Kreisumlage ergibt. Dazu können die Bürgermeister und Amtsdirektoren dann ihre Stellungnahmen abgeben. Der Landrat macht deutlich, dass die Kreisumlage nochmals gesenkt werden konnte, da von der Landesregierung ein Bescheid von zusätzlich 800.000 Euro erteilt wurde und dieses Geld soll an die Gemeinden weitergereicht werden.

**Zu TOP 8      Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen der  
Denkmalpflege im Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 1/CDU/2015**

Herr Rengert, CDU-Fraktion, erläutert den Angeordneten, dass die bisherige Denkmalförderung nicht mehr ausreichend ist. Nach Aussage von Frau Kirschner beträgt die Summe zur Denkmalförderung seit 2004 gleichbleibend 50.000 Euro.

Er bittet um Zustimmung des Antrages, da die Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt darauf angewiesen sind und private Nutzer von Denkmälern sowie Handwerksbetriebe eine kontinuierliche Förderung benötigen.

Frau Niels, Bündnis 90/Die Grünen & Piraten, spricht sich gegen den Antrag der CDU-Fraktion aus. Sie ist der Meinung, dass den Abgeordneten der Haushaltsplanentwurf erst seit dem 18.02.2015 vorliegt und man sich zunächst mit dem Gesamtkonzept befassen müsse.

Frau Prof. Böhm, Fraktion Die Linke, setzt sich in ihrer Wortmeldung dafür ein, dass der Antrag zur Erhöhung der Summe zur Denkmalpflege Zustimmung findet.

Sie ist der Meinung, dass der Denkmalschutz in den letzten 4 Jahren als „Stiefkind“ behandelt wurde und auch der Bevölkerung „zu wenig angeht“. Auch wenn es sich um eine geringe Erhöhung handelt, so wäre die Zustimmung des Antrages eine „Liebeserklärung“ an die Denkmalpflege im Landkreis Oder-Spree.

Anschließend stellt Herr Dr. Zeschmann, BVB/Freie Wähler, einen Antrag auf Vertagung des Antrages der CDU in die nächste Sitzungsrunde, um ihn in Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen zu diskutieren.

Herr Dr. Stiller, Fraktion Die Linke, erklärt, dass er gegen den Antrag von Herrn Dr. Zeschmann ist und bittet die Abgeordneten darum, dem Antrag der CDU-Fraktion zu folgen.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht und Herr Thieme bittet die Abgeordneten zunächst um die Abstimmung des vorliegenden Antrages von Herrn Dr. Zeschmann.

***Abstimmungsergebnisse***

***4 Ja, mehrheitlich Nein, 1 Enthaltung***

Abschließend bittet Herr Thieme die Abgeordneten um die Abstimmung des Antrages der CDU-Fraktion.

**Beschlussvorschlag:**

Der Landrat wird beauftragt, die Summe der im Haushaltsentwurf bereitgestellten Mittel zur Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen der Denkmalpflege ab dem Haushaltsjahr 2015 auf 100.000,00 € zu erhöhen.

***Mehrheitlich zugestimmt***

***Enthaltung 3***

**Zu TOP 9      Grundsatzbeschluss zum Um- und Ausbau des Oberstufenzentrums  
Oder-Spree, Standort Eisenhüttenstadt  
Vorlage: 043/2014**

Zur Vorlage 043/2014 gibt es keine Wortmeldungen und Herr Thieme bittet die Abgeordneten um die Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beauftragt die Verwaltung mit der Vorbereitung des Umbaus und der Erweiterung des OSZ Oder-Spree am Standort Eisenhüttenstadt einschließlich Neubau einer Cafeteria.

***Mehrheitlich zugestimmt***

*Enthaltung 1*

**Zu TOP 10 Kinderschutzmonitoring - Jährliches Monitoring zu Entwicklungen und Tendenzen der Meldungen und der tatsächlich festgestellten Kindeswohlgefährdungen im Landkreis Oder-Spree (Berichtszeitraum 2013)  
Vorlage: 001/2015**

Herr Thieme bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage 001/2015, da es hierzu keine Wortmeldungen gibt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt das "Kinderschutzmonitoring 2013" als Fortschreibung der Kinderschutzberichterstattung im Landkreis Oder-Spree. Sie stellt die Grundlage für die Qualifizierung des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen im Landkreis Oder-Spree anhand einer detaillierten Datenanalyse und der Ableitung von Arbeitshypothesen dar.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 11 Rahmenkonzept des Netzwerkes "Kinderschutz und Frühe Hilfen im Landkreis Oder-Spree"  
Vorlage: 002/2015**

Herr Zalenga beantwortet eine Nachfrage von Herrn Dr. Zeschmann, ob auch ab 2016 die Sicherstellung der Netzwerkstrukturen und Frühen Hilfen gewährleistet ist. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen von den Abgeordneten und Herr Thieme bittet um Abstimmung der Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt das Rahmenkonzept „Kinderschutz und Frühe Hilfen im Landkreis Oder-Spree“ als Grundlage für die weitere Qualifizierung des Kinderschutzes und der Frühen Hilfen im Landkreis Oder-Spree.

***einstimmig zugestimmt***

**Zu TOP 12 Rettungsdienstgebührensatzung  
Vorlage: 003/2015**

Herr Buhrke erklärt kurz, dass die Rettungsdienstgebührensatzung 2015 auf einer Kosten- und Leistungsrechnung basiert. Diese KLR wurde mit den Krankenkassen erörtert. Die Krankenkassen haben ihr Einvernehmen zur KLR in der Fassung vom 15.12.2014 für das Jahr 2015 erklärt.

Wortmeldungen oder Anmerkungen hierzu gibt es nicht und Herr Thieme bittet die Abgeordneten um Abstimmung der Vorlage 003/2015.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Gebührensatzung für den Rettungsdienst 2015 (siehe Anlage 1)

*einstimmig zugestimmt*

### **Zu TOP 13      Beschluss zur Zahlung einer Sachkostenpauschale an den Kreisbrandmeister (KBM) und seine Stellvertreter Vorlage: 004/2015**

Herr Hilke, CDU-Fraktion, betont, dass die Zahlung einer Sachkostenpauschale für ihn eine Selbstverständlichkeit ist. Er empört sich über einen Zeitungsartikel in der MOZ, in dem ein Verwaltungsbeamter des Landkreises zitiert wird. Dieser Artikel ist für ihn nicht nachvollziehbar und nach seiner Meinung nicht mit dem Beamtenstatus zu vereinbaren.

Herr Dr. Zeschmann, BVB/Freie Wähler, ist der Meinung, dass die Zahlung einer Sachkostenpauschale nicht notwendig ist, da vom Landkreis Notebooks zur Verfügung gestellt werden.

Herr Wende, Fraktion DIE LINKE, sagt, dass die aufgeführte Höhe der Sachkostenpauschale angemessen ist. Er möchte gern wissen, ob durch diese Vorlage die bereits gezahlten Summen „geheilt“ werden sollen oder die Entscheidung aus der Verordnung vom 28.11.2001 resultiert. Da die Verwaltung die Sachkostenpauschale vom 01.07.2012 zahlt, fragt Herr Wende, was mit der Zeit vom Nov. 2001 – 01.07.2012 ist.

Abschließend betont Herr Buhrke, dass die Zahlung einer Sachkostenpauschale an den Kreisbrandmeister und seinen Stellvertretern angesichts des Arbeitsumfangs und der Bedeutung dieser ehrenamtlichen Tätigkeit angemessen und erforderlich ist. Da sich der Schwerpunkt der Arbeit mehr zum Wohnort verlagert, wurden vom Landkreis Notebooks zur Verfügung gestellt. Herr Buhrke erklärt, dass die Dienstanweisung Nr. 05/2012 gleichzeitig mit dem Eintritt des neuen Kreisbrandmeisters in Kraft getreten ist. Die Rechtsverordnung vom 28.11. 2001 jedoch verlangt dazu einen Kreistagsbeschluss, da die Dienstanweisung hier nicht ausreichend ist. Dieses soll durch diesen Beschluss ordnungshalber nachgeholt werden.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bittet Herr Thieme die Abgeordneten um die Abstimmung der Vorlage 004/2015.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Zahlung einer Sachkostenpauschale an den KBM in Höhe von monatlich 95 € sowie an die beiden Stellvertreter in Höhe von monatlich je 66,50 €.

**Mehrheitlich zugestimmt**  
Enthaltung 3

**Zu TOP 14      Veränderungen in den Ausschüssen**

Von der Fraktion „DIE LINKE“ wird vorgeschlagen, Frau Jutta Bargenda zum 4. stellvertretenden Mitglied in den Kreisausschuss zu berufen.

Von der CDU-Fraktion wird vorgeschlagen, für Herrn Andreas Gliese Herr Dr. Siegfried Bronsert als Mitglied in den Ausschuss zu berufen.

**Mehrheitlich zugestimmt**  
Nein 2 Enthaltung 3

Vorsitzender des Kreistages

stellv. Vorsitzende des  
Kreistages

Schriftführer/in